

doppelten Boden ist überhaupt noch niemals Sozialdemokrat gewesen.

Der Hannoversche Volkswille schreibt:

Die Fortschreibung der Dresdner Rätsel, diese unaufhörlichen Erklärungen, wirken auf viele noch unerträglicher wie der vorher gegangene Streit. Und doch ist es grundsätzlich, sich in Klagen zu ergehen, weil harte, bittere Worte fallen, und zu gretzen, weil unsere kapitalistischen Gegner vergnügte Gesichter machen und prahlen, mit uns sei es zu Ende!

Das ganze Gegenteil ist das Fall! Unsre Partei hat soeben eine gefährliche Krise überwunden und geht nun einer blühenden Gesundheit entgegen als sie vorher besessen hat. Werde diese langen Erklärungen, gerade die Fortschreibung der Angriffe und Verteidigungen nach den Dresdner Tagen — haben sie nicht in vollstem Maße gerechtfertigt, was anfänglich übermäßig schroff und allzu grob erschien? Ist jetzt nicht durch die gegen seitigen Verkettungen und Angebereien des Hardens und seiner intimen Bekannten offen und auffällig erwiesen, daß allerdings Ursache genug gegeben war zur Empörung gegenüber der Union? Wahrschafft, mit der einzelne Angestalte auf dem Parteitag sich als Ankläger aufzuspielen wagten? Das soeben erichinierte neueste Heft der Zukunft, das Hardens Fortschreibung seiner Abrede an seine bisherigen Freunde bringt, enthält ein widerliches Intrigenspiel, das zu widerlegen den Angeschuldigten bis jetzt nicht gelungen ist.

Der Volkswille empfiehlt, um die Wiederholung derartiger Vorloumisse zu vermeiden, straffere Organisation und Übertragung der Kontrolle über die Reichstagsabgeordneten an den Parteivorstand; die Landesparteitage und der Parteitag sollen die Berufungsinstanz bilden.

Von einem Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird uns geschrieben:

Der Parteitag in Dresden stand unter dem ungemein deprimierenden Eindruck, daß der Herausgeber der Zukunft, Herr Harden, der geschickte und schlaue Regisseur des coup de Jarnac — des heimtückischen Streiches gegen Franz Mehring sei.

Die Delegierten waren allgemein der Meinung, daß Harden die schmutzigen Karten sorgsam genügt, sie seinen Intimen ausgehändigt, damit sie auf dem Parteitag vor aller Welt ausgespielt werden könnten.

„Ein Nachhalt Harden gegen Mehring“, der in einem längeren Artikel der Leipziger Volkszeitung (Die Partei und die Hardensche Zukunft) nicht allzu glimpflich mit Harden und seiner Zukunft verfahren — das war unstrittig die Meinung der übergroßen Mehrheit der Delegierten.

Zetzt erfahren wir zu unserm großen Erstaunen, daß nicht Harden die Sache angezeigt hat, daß der vor treffliche Regisseur vielmehr in unsern eigenen Reihen sich befindet.

Nicht Maximilian Harden, vielmehr Rechtsanwalt Heine ist der geschickte Regisseur des heimtückischen Streiches! Er verschaffte sich die schmutzigen Karten! Er mischte sie sorgsam! Er verteilte sie an seine lieben Klubbrüder — an Braun, Bernhard. Und sie spielten die schmutzigen Karten aus, ohne, und das ist das ungeheuerlichste, hierzu von Harden autorisiert zu sein! —

Das ist das Resultat der wunderbaren und lehrreichen Auseinandersetzungen zwischen Harden und seinen Intimen — Göhre, Braun, Heine, Bernhard.

Ja mehr! Wer die Intimen Hardens auf dem Parteitag gehört, hat glauben müssen, sie hätten Harden wenig oder gar nicht gekannt, seien zur Mitarbeit an der Zukunft aufgefordert, hätten aber die Mitarbeit stolz abgelehnt. Nur aus hoher Unkenntnis der Dinge und Hardens Persönlichkeit will der eine und andre Mitarbeiter der Zukunft gewesen sein — diese herzerbarmende Unschuld!

Zetzt erfahren wir, daß die Intimen mit Harden jahraus jahrein vertraulich verkehrt, in dem Verkehr Hardens Geistigkeit und Charakter kennen lernten, daß der eine und andre sich Harden förmlich aufgedrägt, die Mitarbeit förmlich angeboten. Wir erfahren, daß mit Harden die intimsten und heikelsten Gespräche über interne Vorgänge in der Partei, über Personen geführt wurden. Ja, wir erfahren, daß Harden Briefe und Karten von den Intimen in Händen hat, die sie auf das schwerste kompromittieren!

Welche heillos Korruption offenbart sich da unsern Augen?

Der heilige Born Bebels wird erstaunlich und verständlich zugleich!

Wer zürnt ihm noch heute ob seiner ehrlichen und wuchtigen Anklage?

Nach dem, was Harden uns enthüllt, ist Bebel viel zu glimpflich mit den Intimen umgesprungen. Ein Sturm durchbarer Entrüstung würde ausgebrochen sein, wenn die Parteigenossen auf dem Parteitag genugt hätten was sie hente, nach dem Parteitag, dank Hardens Enthüllungen, wissen.

Die Intimen Hardens, einflußreiche Parteigenossen, die durch das unerschütterliche Vertrauen der Arbeiter an die Spitze der Bewegung gestellt, denen man zur Wahrung ihrer vitalsten Interessen die höchsten Ehrenämter übertrug, haben es mit ihrer Parteichefe vereinbarten können, die Partei dem Geschäft und Geiste der bürgerlichen Welt zu überliefern, haben den Parteitag, die höchste und hehrste Instanz der Partei auf das schamloseste missbraucht.

Der Parteitag ist belogen worden!

Werden die Intimen heraus die Konsequenzen ziehen? A. S.

In der letzten Nummer der Mainzer Volkszeitung ist wieder zu lesen:

Und nun zum Genossen Braun. Wenn auch er, was wir nicht hoffen, sein Mandat niederlegen sollte, so müssen wir mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß wir den Kreis Frankfurt-Bebus, den wir zum erstenmal mit knapper Majorität erobert haben, wieder verlieren. Und das wäre sehr zu bedauern. Stadthagen meinte in einer Berliner Versammlung, er könne mit Braun nicht zusammen in der Fraktion arbeiten. Nun, dann mag doch Stadthagen daraus die Konsequenzen ziehen und gehen. Für Braun liegt, so lange die Frankfurter Genossen ihn als ihren Vertreter anerkennen, keine Veranlassung vor, abzudanken.

Das könnte eine höhere Tochter auch geschrieben haben.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In der 2. Beilage zu Nr. 228 Ihrer geschätzten Zeitung drucken Sie L. Mainzer

Volkszeitung einige Zeilen nach die sich gegen die Genossen Zubell und Stadthagen wenden. Welche Genossen werden in geradezu unbekanntwürdiger Weise angegriffen. Sie sind nach Meinung der Mainzer Volkszeitung „Kraeeler“, Stadthagen speziell ist ein unfähiger Mensch, und mit Zubell zu disku tieren, hält die Zeitung unter ihrer Würde. — Sie deuteten die Anwürfe gegen die Genossen Zubell und Stadthagen sehr treffend: sie entsprechen einem „Kindergericht“. Tatsächlich ist der Redakteur der Mainzer Volkszeitung eine noch recht jugendliche Person. Er hat, iren wie nicht, soeben erst das 21. Lebensjahr überschritten. Nun ist die Jugend keine Schande, wir sind auch stolz auf die Jugend, auf ihr Wissen und ihre Fähigkeit, die sie mit in die Partei bringt. Aber das genügt nicht immer, sich eine geachtete Stellung in der Partei zu verschaffen. Man muß auch ein wenig Rücksicht vor älteren Genossen haben. Und: Gut ab vor den von der Mainzer Volkszeitung so schwer angegriffenen Genossen, die mit ihrem Leben und Herzen der Partei gegeben und Opfer über Opfer gebracht haben. Besonders Zubell ist einer von den Genossen, die unter dem Ausnahmegesetz im Vordertreffen der Bewegung standen. Und solche Leute, deren ganzes Tun von leidenschaftlicher Liebe für die Partei zeugt, als Kraeeler zu bezeichnen, zu sagen, es sei unvorbiig, mit ihnen zu diskutieren, das empört mich unsomehr, als der junge 21jährige Redakteur ein Neuling in der Partei ist und erst noch zu beweisen haben wird, ob er auch nur im ersten leisten wird, was die von ihm so schmählich angepöbelten Genossen geleistet haben. Also: bitte, etwas mehr Bescheidenheit!

A. S.

Die Mandatsniederlegung Göhres wird in der Parteipresse sehr verschieden beurteilt. Genosse Schöpflin veröffentlicht in der Volkszeitung für das Mündetal einen längeren Artikel über die Vorgeschichte der Göhreschen Kandidatur, von dem wir morgen das Wesentliche zum Abdruck bringen werden.

Erklärungen.

Herr Harden schreibt in Nr. 52 der Zukunft vom Dresdner Kongreß:

„In dieser ehrenwerten Versammlung sahen mindestens acht Menschen, die mich kennen, Gefälligkeiten jeglicher Art von mir erbetten und mich, als Dank für nahebstrengste Speise, die sie bei mir fanden, mit Bewunderung bewirkt haben.“

Und in Nr. 58 seines Blattes nennt er mich unter den Teilnehmern an jener Donnerstagsgesellschaft, in welcher er zu erscheinen pflegte.

Um naheliegenden falschen Deutungen vorzubeugen, erkläre ich, daß ich Herrn Harden niemals „umworben“, Gefälligkeiten von ihm niemals „erbetet“ oder erwiesen bekommen und ihn auch nicht „mit Bewunderung bewirkt“ habe.

Brüderl, 4. Oktober 1908. Wilhelm Blos.

In der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung finden wir eine Erklärung des Genossen Konrad Haenisch, der wie folgendes entnehmen:

Wie ich aus der soeben eingetroffenen Münchner Post ersehe, hat Genosse Adolf Müller-Münch in seiner Berichterstattung über den Parteitag sich auf einen Artikel von mir berufen, um zu beweisen, daß in Dresden auf radikaler Seite Tendenzen vorhanden gewesen seien, eine Resolution zu fassen, die den Losororganisationen die Handhabe böte, die Revisionisten aus der Partei auszuschließen. Demgegenüber stelle ich noch einmal ausdrücklich fest: nicht nur ich, sondern auch verschiedene andere Genossen, die mit mir an der Ausarbeitung des Amendements Wurm in seinen verschiedenen Fassungen beteiligt waren, halten in der Tat die Absicht, eine Form zu finden, die es den Revisionisten unmöglich machen sollte, für sie zu stimmen. Wir hielten es für die wichtigste Aufgabe des Parteitages, die Revisionisten zum Farbebekennen zu zwingen, um ihre Zähligkeit möglichst zu machen. Ich persönlich war dann nach Vollmars Rede — nachdem das Amendement Wurm bereits eingereicht war — allerdings der Meinung der immer klarer hervortretenden Taktik der Revisionisten, eine Böhlung ihrer Kräfte zu vermeiden, müßte nunmehr doch noch mit einer Namen nennen den Resolution entgegentreten werden. Mit dieser Anregung fand ich aber bei den meisten übrigen Mitarbeitern des Amendements Wurm nur sehr wenig Gegenliebe. An die direkte oder indirekte Herbeiführung von Ausschlüssen habe dabei ich so wenig gedacht wie mit Wurm sonst jemand. Ausschlüsse kommen in Frage auf Grund bestimmter Handlungen — wie etwa jetzt anlässlich der Hardenschen Enthüllungen.

Herr Wolfgang Heine gibt sich in seiner leichten Erklärung im Vorwärts auffallend kleinschaut. Er wendet sich an „seine“ Parteigenossen mit einigen „Ausschreibungen“. Zunächst will er nur schamlos, nicht fünfzehnmal mit Harden Zusammenkünfte gehabt haben. Weiter läßt sich der Herr Rechtsanwalt jetzt sogar dazu herab, die Leipziger Volkszeitung zu nennen. Er bestreitet unsre Behauptung von einem „Stromplott“ gegen Mehring; Harden habe ihm die Briefe Mehrings lediglich „als eine Kuriostität“ angeboten und auch nie den Wunsch zu erkennen gegeben, daß er gegen Mehring vorgehe. Später habe er diese Briefe nur „zur Abwehr von Angriffen“ erbettet; auch habe Bernhard nicht durch ihn Kenntnis von den zwei Postkarten erlangt, sondern deren Inhalt schon längst gekannt, zumal diese, „wie er höre“, schon vor Jahren abgedruckt worden sei sollen. Bernhard endlich sei nicht durch ihn veranlaßt worden, diese Dinge zu erwähnen, sondern habe sich nur, da er „hörte“, daß Heine die Karten zur Hand habe, diese vor ihm ausgetragen, um sie vorlegen zu können, „falls ihre Echtheit bestritten werden sollte“.

Wie harmlos das alles zugegangen ist! Der reine Klub der Harmlosen!

Auch seine Neußerung von dem „agent provocateur“ bestreitet Heine. Er habe nur „gelegentlich“ gesagt, Mehring schreibe manchmal so, daß ein agent provocateur auch nicht anders schreiben könnte.

Im übrigen habe er an den Zusammenkünften mit Harden „viel Vergnügen gefunden“.

Heinrich Braun bezeichnet die Zuschrift eines unserer Berliner Mitarbeiter, daß er sich wiederholt an Angeklante des Vorwärts gewandt habe, um von diesen die Adressen der gesamten Vertrauensleute Deutschlands zu erhalten, als „in jedem Wort unwahr“.

Parteiversammlungen.

In den Parteiversammlungen, die zum Dresdner Parteitag nehmen regt sich vielfach Opposition gegen die revisionistische Parteipresse. Über die Vorgänge in Breslau haben wir bereits berichtet; heute liegen ähnliche Kundgebungen aus Köln und aus der Lausitz vor.

In Köln griff der Referent, Delegierter Wilhelms,

den Artikel der Rheinischen Zeitung: Verlorene Tage an; die Ausführungen dieses Artikels über den Parteitag seien ungerecht, und die Rollen seien darin verschoben. Von „Entrüstung“ über den Parteitag könne keine Rede sein; Entrüstung habe nur über diesen Artikel geherrscht sowie über die einseitige Wiedergabe der Preisstimmen zum Parteitag. Genosse Henning schloß sich den Gilbischbachs Ausführungen über den Artikel der Rheinischen Zeitung an. Die Schreibweise der Rheinischen Zeitung lasse in parteilicher Hinsicht viel zu wünschen übrig; und das kommt daher, daß die Mitglieder der Redaktion den Zusammenhang mit den Parteigenossen verloren hätten. Hierin müsse eine Aenderung eintreten. In demselben Sinne sprachen sich andere Genossen aus. Einer meinte, der Artikel der Rheinischen Zeitung sei zu verurteilen wegen der gehässigen Form, die sich gegen den Genossen Bebel richtet, ein weiterer erklärte, er habe es nicht für möglich gehalten, daß ein sozialdemokratischer Redakteur einen solchen Artikel, wie den Leitartikel Verlorene Tage, zu schreiben im Stande sei, ein dritter hat 38 von unseren Parteiblättern verfolgt und gefunden, daß die größeren Hälfte auf einem revisionistischen Standpunkt stehe.

Die Versammlung wurde daraufhin vertragt. In der nächsten Versammlung wird sich die Redaktion verantworten.

In einer Parteiversammlung in Spremberg referierte Genosse Antritt über den Parteitag und brachte dabei die Geschäftsräume des Reichstagsabgeordneten Heinrich Braun zur Sprache. Obwohl jetzt der Parteivorstand erklärt habe, daß die Partei mit diesem Unternehmen des Dr. Braun nichts zu tun hätte, habe es die Märkische Volksstimme doch fertig gebracht, indirekt für die Braunschweigische Wochenschrift Ressame zu machen, habe es aber nicht für notwendig gehalten, die Briefe Brauns an Harden zu veröffentlichen. Redner geißelte ferner das Vorgehen Brauns, in letzter Stunde ein Schiedsgericht in seiner Angelegenheit in Frankfurt einzuberufen. Die Frankfurter Genossen wären ja gar nicht mal in der Lage, ein richtiges Urteil zu fällen, weil sie über die ganzen Verhältnisse in Sachen Braun gar nicht unterrichtet sind. Das könne nur vom Parteivorstand geschehen.

Zu der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinn des Referenten aus. Die Versammlung nahm darauf eine Resolution an, in der es heißt:

Die Versammlung spricht ihren Willen über das Vertragen und die Handlungsweise eines Braun, Bernhard und Genossen aus. Die Versammlung ist dem Genossen Bebel dankbar, daß er den Finger in eine Wunde gelegt habe, die in späterer Zeit unserer Partei schwere Schäden gebracht hätte. Die Versammlung erwartet vom Parteivorstand, daß er dafür sorge, für die folgende Zeit allen Umtreiber eines Braun, Bernhard und anderer das Handwerk zu legen.

Soziale Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Ausständig geworden infolge von Maßregelungen ist die gesamte Belegschaft der vereinigten Grube Glückauf in Wilhelmsböhmet Kassel.

Die Omnibusangestellten in Berlin haben am Sonnabend in einer Versammlung beschlossen, den Ausstand fortzuführen.

1200 Weber haben in Altena die Arbeit eingestellt. Nachmittags durchstreiften 8000 Ausständige die Umgebung und agitieren in allen Fabriken, um einen allgemeinen Ausstand herzuführen.

so. In den Reiseldern von Molinella in Italien streiken noch immer die Reisarbeiter. Das ganze Gebiet ist von Gendarmen besetzt, die gegen die Bevölkerung in höchst provokatorischer Weise vorgehen. Einige sozialistische Deputierte, unter ihnen Bissolati, sind nach dem Streitgebiet abgereist, um die Ausständigen in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Die Wirren auf dem Balkan.

Rußland und Österreich.

Gelegentlich der Zusammenkunft des Rates mit Franz Joseph in Mürzzuschlag fand eine eingehende Besprechung zwischen dem Minister Goluchowski und Lambsdorff über die mazedonische Frage statt. Das Recht war ein Zusammengang Russlands mit Österreich. Die beiderseitigen Botschafter wurden angewiesen, der Türkei mitzuteilen, daß beide Mächte fest entschlossen sind, auf vollständige Durchführung des Reformprogramms zu beharren, und daher eine wirkliche Art der Kontrolle und Überwachung vereinbart haben, über die den Botschaftern unverzüglich Instructionen zugehen. Die Instructionen betreffen auch die Mission zu Gunsten der friedlichen Bevölkerung, die unter den bei der Unterdrückung der Unruhen verübten Grausamkeiten gelitten haben. Die Mächte hoffen, die Beteiligten hören im eigenen Interesse auf ihre unparteiischen Ratschläge. — Ein frommer Wunsch!

Ein Gescht mit regulären Truppen.

In London sind Varnaer Telegramme eingegangen, nach denen bei Demirkapu, an der Grenze des Vilajets Adrianopel, ein Gefecht zwischen einer Schwadron türkischer Kavallerie und bulgarischen Truppen stattgefunden hat und angeblich elf Bulgaren und dreißig Türken gefallen sind. — Wolfs Telegrafenbüro bemerkt hierzu, daß eine unerwartige Bestätigung der Nachricht fehlt.

Bandenkämpfe.

Nach einer Mitteilung der Pforte umzingelte am 20. v. M. eine aus 400 Mann bestehende Komiteebande das Dorf Velidscha im Kreise Naslog. Die Mitglieder der Bande gehören der bulgarischen Miliz an. Nachdem sie die christlichen und moslemischen Einwohner mitzuziehen und verschangen sich auf einer die Umgegend beherrschenden Höhe. Auch andre Banden, welche in den Sandjaks Seres eindringen, waren militärisch organisiert und wurden erwiesenermaßen mittels Waffen nach Velowa befördert, von wo sie über Samakov in den Kreis Naslog eindringen. Dieselben sollen die Absicht haben, die Dörfer anzuzünden und deren Bewohner zu massakrieren. Viele Dörfer einwohner haben um Schutz nachgefragt.

Kleine Vernichtungsmittel.

Die von der Pforte zugesagte Neueinrichtung von Kriegsgerichten zur Untersuchung und Bestrafung von Ausschreitungen seitens der Truppen und Polizeibozuls ist an verschiedenen Orten erfolgt. Die Gerichte haben schon mehrere Fälle abgeurteilt. Die vom Sultan bewilligten 3000 Pfund für den Ausbau der zerstörten Dörfer sind nur für das Vilajet Monastir bestimmt, für die andern Vilajets werden die nötigen Spenden bewilligt werden.